

Stand: 16.06.2026 11:40:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9695

"Islamismus entschieden bekämpfen - freiheitliche Werte schützen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9695 vom 27.01.2026
2. Beschluss des Plenums 19/9787 vom 28.01.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 68 vom 28.01.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Konrad Baur, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Wolfgang Fackler, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Dr. Stephan Oetzinger, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Peter Wachler, Kristan Freiherr von Waldenfels und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Islamismus entschieden bekämpfen – freiheitliche Werte schützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Schutz jüdischen Lebens zentrale Aufgaben des Rechtsstaats sind. Islamistische Ideologien, die Gewalt verherrlichen, Antisemitismus fördern oder das Existenzrecht Israels anzweifeln, stehen im klaren Widerspruch zu diesen Grundwerten und sind mit den Prinzipien unseres Gemeinwesens unvereinbar.

Der Landtag bekräftigt zugleich, dass der Islam als Religion Teil der religiösen Vielfalt in Bayern ist und unter dem Schutz der Religionsfreiheit steht. Maßnahmen gegen Islamismus richten sich ausdrücklich nicht gegen gläubige Musliminnen und Muslime, sondern ausschließlich gegen extremistische Ideologien und deren Akteure.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- die in den vergangenen Jahren beschlossenen und eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung islamistischer Bestrebungen, zur Eindämmung von Antisemitismus sowie zur Zerschlagung extremistischer Netzwerke konsequent weiter umzusetzen und deren Wirksamkeit fortlaufend zu evaluieren,
- die Sicherheitsbehörden weiterhin zu stärken und ihre enge Zusammenarbeit konsequent fortzuführen, insbesondere durch fortlaufendes Monitoring extremistischer Szenen, eine verstärkte Strukturaufklärung islamistischer Organisationen und eine konsequente strafrechtliche Verfolgung extremistischer Straftaten,
- alle rechtsstaatlichen Instrumente der wehrhaften Demokratie entschlossen zu nutzen, um islamistische Aktivitäten frühzeitig zu unterbinden, wie etwa Vereins- und Betätigungsverbote wirksam durchzusetzen und verfassungsfeindliche Bestrebungen wirksam zu bekämpfen – dies betrifft insbesondere auch die Vereinnahmung

- vulnerabler Gruppen im Kinder- und Jugendalter durch extremistische Akteure in den sozialen Medien,
- Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter zu stärken, insbesondere im Bereich der politischen Bildung, der Jugendarbeit sowie der Präventionsarbeit in Schulen, Vereinen und sozialen Einrichtungen, um Radikalisierung frühzeitig entgegenzuwirken,
 - sich auf Bundesebene weiterhin mit Nachdruck für Maßnahmen einzusetzen, die die Transparenz über ausländische Einflussnahmen und Finanzierungsstrukturen extremistischer Akteure erhöhen und die konsequente Anwendung bestehender straf-, aufenthalts- und vereinsrechtlicher Instrumente zur Bekämpfung islamistischer und antisemitischer Bestrebungen unterstützen.

Begründung:

Aktuelle gesellschaftliche und internationale Entwicklungen werden von islamistischen Akteuren gezielt genutzt, um extremistische Narrative zu verbreiten, Hass zu schüren und bestehende Konfliktlagen für ideologische Zwecke zu instrumentalisieren. Sicherheitsbehörden beobachten seit Jahren ein Erstarren islamistischer Strukturen und Einzelpersonen, die religiöse Bezüge missbrauchen, demokratische Institutionen ablehnen und gezielt Radikalisierungsprozesse vorantreiben – zunehmend auch im digitalen Raum.

Der Freistaat begegnet diesen Herausforderungen mit einer leistungsfähigen Sicherheitsarchitektur, einer engen Zusammenarbeit von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz sowie mit präventiven und repressiven Maßnahmen zur Bekämpfung extremistischer Bestrebungen. Dabei werden sowohl die konsequente Anwendung rechtsstaatlicher Mittel als auch der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in den Mittelpunkt gestellt.

Gleichzeitig zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass islamistische Ideologien weiterhin eine ernstzunehmende Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für jüdisches Leben und für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen. Diese Ideologien missbrauchen religiöse Begriffe zur Rechtfertigung von Hass, Gewalt und Antisemitismus. Ihnen muss mit klarer Haltung, rechtsstaatlicher Konsequenz und wirksamen Instrumenten begegnet werden.

Ziel ist es, einerseits die Religionsfreiheit zu schützen und ein friedliches Zusammenleben zu fördern, andererseits aber extremistischen Ideologien klar und unmissverständlich entgegenzutreten. Prävention, Repression und politische Klarheit müssen dabei Hand in Hand gehen. Nur so kann Bayern auch weiterhin ein sicheres Land bleiben, in dem jüdisches und muslimisches Leben geschützt ist und extremistische Bestrebungen keinen Raum finden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Konrad Baur, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Wolfgang Fackler, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Dr. Stephan Oetzinger, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Peter Wachler, Kristan Freiherr von Waldenfels und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/9695

Islamismus entschieden bekämpfen – freiheitliche Werte schützen!

Der Landtag stellt fest, dass der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Schutz jüdischen Lebens zentrale Aufgaben des Rechtsstaats sind. Islamistische Ideologien, die Gewalt verherrlichen, Antisemitismus fördern oder das Existenzrecht Israels anzweifeln, stehen im klaren Widerspruch zu diesen Grundwerten und sind mit den Prinzipien unseres Gemeinwesens unvereinbar.

Der Landtag bekräftigt zugleich, dass der Islam als Religion Teil der religiösen Vielfalt in Bayern ist und unter dem Schutz der Religionsfreiheit steht. Maßnahmen gegen Islamismus richten sich ausdrücklich nicht gegen gläubige Musliminnen und Muslime, sondern ausschließlich gegen extremistische Ideologien und deren Akteure.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- die in den vergangenen Jahren beschlossenen und eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung islamistischer Bestrebungen, zur Eindämmung von Antisemitismus sowie zur Zerschlagung extremistischer Netzwerke konsequent weiter umzusetzen und deren Wirksamkeit fortlaufend zu evaluieren,
- die Sicherheitsbehörden weiterhin zu stärken und ihre enge Zusammenarbeit konsequent fortzuführen, insbesondere durch fortlaufendes Monitoring extremistischer

Szenen, eine verstärkte Strukturaufklärung islamistischer Organisationen und eine konsequente strafrechtliche Verfolgung extremistischer Straftaten,

- alle rechtsstaatlichen Instrumente der wehrhaften Demokratie entschlossen zu nutzen, um islamistische Aktivitäten frühzeitig zu unterbinden, wie etwa Vereins- und Betätigungsverbote wirksam durchzusetzen und verfassungsfeindliche Bestrebungen wirksam zu bekämpfen – dies betrifft insbesondere auch die Vereinnahmung vulnerabler Gruppen im Kinder- und Jugendalter durch extremistische Akteure in den sozialen Medien,
- Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter zu stärken, insbesondere im Bereich der politischen Bildung, der Jugendarbeit sowie der Präventionsarbeit in Schulen, Vereinen und sozialen Einrichtungen, um Radikalisierung frühzeitig entgegenzuwirken,
- sich auf Bundesebene weiterhin mit Nachdruck für Maßnahmen einzusetzen, die die Transparenz über ausländische Einflussnahmen und Finanzierungsstrukturen extremistischer Akteure erhöhen und die konsequente Anwendung bestehender straf-, aufenthalts- und vereinsrechtlicher Instrumente zur Bekämpfung islamistischer und antisemitischer Bestrebungen unterstützen.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Matthias Vogler

Abg. Richard Graupner

Abg. Florian Siekmann

Abg. Christiane Feichtmeier

Abg. Alexander Hold

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und

Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Islamismus entschieden bekämpfen - freiheitliche Werte schützen!

(Drs. 19/9695)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback das Wort. Herr Kollege, bitte schön.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Gestern war der gesetzlich verankerte Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Heute hat aus diesem Anlass die Holocaust-Überlebende Tova Friedman im Deutschen Bundestag eine, wie man liest, beeindruckende Rede gehalten.

Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund der Verbrechen der Nationalsozialisten ist der Umgang mit den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern – das ist in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder formuliert worden – ein besonderer Gradmesser für den Zustand unserer demokratischen Gemeinschaft. Kolleginnen und Kollegen, der Gedenktag ist sicher ein nobler Anlass, darüber nachzudenken, wie wir unsere Demokratie noch besser gegen Extremisten stärken können.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In Bayern haben wir 2023 589 und 2024 579 antisemitische Straftaten registriert. Dies ist ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Eine große Zahl dieser Taten sind Volksverhetzungsdelikte, und eine große Zahl geht auf das Konto rechtsradikal motivierter Kriminalität. Es hat aber auch eine dramatische Steigerung bei den Taten gegeben, die dem Bereich ausländischer oder religiöser politischer Ideologie zugeordnet

werden. Vom Potenzial der Personen her werden dem auslandsbezogenen Extremismus 2024 circa 3.000 und dem Islamismus 2024 circa 2.800 Personen zugerechnet.

Deshalb müssen wir diesem Bereich, dem religiösen und auslandsbezogenen Extremismus, wie allen Extremismen mit Entschiedenheit entgegentreten. Wir brauchen eine klare Kante gegen Islamismus, den Schutz unserer Werte und den Schutz jüdischen Lebens in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb setzen wir uns mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag für eine entschlossene Bekämpfung islamistischer Bestrebungen und den Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Bayern ein. Dabei geht es uns – um das klar zu sagen – um die, die den Deckmantel der Religion nutzen, um unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und unsere Gesellschaft zu zerstören und jüdisches Leben zu attackieren, und nicht um die, die den Islam als ihre Religion friedlich leben und sich zu unserem Staat, unserer Gesellschaft und unserer demokratischen Kultur bekennen.

Wer diese Differenzierung nicht trifft, der schadet unserer Gesellschaft; denn ich habe in meiner politischen Arbeit sehr viele erlebt, die aus dem Islam kommen und die für unsere Demokratie in einer Weise eintreten, wie es vorbildlicher nicht sein kann. Die Extremisten und den Islamismus aber müssen wir, wie alle Extremismen, als Gegner unserer freiheitlichen Gesellschaft bekämpfen, nicht den Islam als Religion. Wir fordern in unserem Antrag, unsere Sicherheitsbehörden weiter zu stärken, islamistische Strukturen konsequent aufzuklären und bestehende rechtliche Instrumente wie Vereins- und Betätigungsverbote effektiv anzuwenden. Zugleich sollen Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen im schulischen, sozialen und digitalen Bereich weiter ausgebaut werden.

Meine Damen und Herren, wer Hass sät, Gewalt verherrlicht oder das Existenzrecht des Staates Israel infrage stellt, greift unsere Grundwerte an. Dem treten wir entschieden entgegen. Unser Ziel ist klar: Wir schützen die Freiheit der vielen vor dem

Fanatismus einiger weniger. In Bayern, meine Damen und Herren, ist kein Platz für Hassprediger oder Antisemiten, egal, unter welchem Deckmantel. Wir stehen fest an der Seite unserer Sicherheitskräfte, der jüdischen Gemeinde und aller friedlichen Gläubigen, egal, welcher Religion sie angehören.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie der Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE) und Arif Taşdelen (SPD))

Meine Damen und Herren, Religionsfreiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern sie sind beide Grundpfeiler unseres Zusammenlebens. Wehrhafte Demokratie heißt für uns: Wir nutzen alle rechtsstaatlichen Mittel, um extremistische Netzwerke frühzeitig zu erkennen und zu zerschlagen. Islamistische Akteure versuchen zunehmend, junge Menschen über soziale Medien zu beeinflussen. Genau das müssen wir verhindern. Prävention, Aufklärung und rechtliche Konsequenz gehören hier zusammen. Hohes Haus, für uns gilt: Jeder Extremismus, egal, ob islamistisch, rechts- oder linksextremistisch, bedroht unsere Freiheit und Gesellschaft. Deshalb treten wir dem entgegen; denn antisemitische Hetze, Kolleginnen und Kollegen, kommt heute leider nicht nur aus der rechtsextremen und islamistischen Ecke, sondern teilweise auch aus dem linksextremistischen Milieu. Wir treten all diesen Extremisten entschieden gegenüber.

Dabei sollte uns eine Überzeugung tragen, Kolleginnen und Kollegen, die der bedeutende Historiker Golo Mann in seinem Buch "Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts" schon Ende der Fünfzigerjahre treffend formuliert hat. Golo Mann hat darin ausgeführt, dass das Grundgesetz ein wenig dazu beigetragen hat, dass wir heute stabiler in der Demokratie unterwegs sind als in der Weimarer Zeit. Aber – und das ist die entscheidende Aussage – Golo Mann sagt auch: Wiewohl wir wissen, dass nicht Normen Verfassungen günstiger oder ungünstiger wirken lassen, sondern der handelnde Mensch, der das oder das aus ihnen macht. – Die wehrhafte Demokratie ist im Grundgesetz gut niedergelegt, aber wir sollten nie vergessen, dass es auf uns

ankommt, wenn es um den Kampf gegen Extremisten geht. Das sollte uns in diesem Hohen Haus alle einen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Zunächst Frau Kollegin Gabriele Triebel, bitte.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Verehrter Kollege, Sie bekräftigen in Ihrem Antrag, dass es ausdrücklich nicht gegen gläubige Musliminnen und Muslime geht, wobei ich sehr begrüße, dass Sie hier keinen Generalverdacht aussprechen. Genau diese muslimischen Menschen und vor allem Eltern von Jugendlichen wären Ihnen und der Staatsregierung sehr dankbar, wenn Sie endlich das Thema Imam-Ausbildung in Bayern angehen würden. Deswegen lautet meine erste Frage: Wann gehen Sie das Thema Imam-Ausbildung und -Weiterbildung an?

Zu meiner zweiten Frage: Sie fordern, Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen in Schulen, Vereinen und sozialen Einrichtungen analog wie digital "im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter zu stärken". Bedeutet diese Formulierung, dass Sie endlich evidenzbasierte Evaluation einsetzen wollen, um zu überprüfen, welche Programme besonders wirken, oder was haben Sie hier vor? Haben Sie doch eigene Haushaltsanträge für diese wichtigen Programme?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Kollegin, vielen Dank. Die Imam-Ausbildung im Inland ist ein Thema und Anliegen, das wir seit Langem verfolgen. Es sind auch Ansätze an der Universität Erlangen installiert worden. Allerdings reichen diese nicht aus. Mir ist vor allem wichtig – und das ist eine Aufgabe für die Zukunft –, dass die Verbände des legalistischen Islams, die zwar oftmals keine Gewalt anwenden, aber auch auf eine Veränderung und letztlich Abschaffung unserer demokratischen Werte abzielen, in dieser Ausbildung keinen Einfluss haben. Es ist sehr wichtig, dass die inländische Ausbildung unabhängig von solchen antidemokratischen Kräften stattfindet. Das ist das eine.

Das andere ist die Formulierung mit den vorhandenen Stellen und Mitteln. Das können Sie in vielen Punkten sehen. Wir werden den Haushalt diskutieren. Natürlich haben wir eine Reihe wichtiger Ziele. Ich bin mir sicher, dass wir – genauso wie auch in der Vergangenheit – in diesem Bereich –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit, Herr Kollege!

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): – ausreichende Mittel oder zumindest erhebliche Mittel zur Verfügung stellen werden. Es gibt Programme –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege!

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): – wie das von Ahmad Mansour, die entsprechend weiter genutzt werden.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben noch eine zweite Zwischenbemerkung, und zwar von Herrn Kollegen Matthias Vogler.

Matthias Vogler (AfD): Sehr verehrter Herr Prof. Dr. Bausback von der CSU, ich hätte auch eine Frage. Erstens. Sie haben gesagt, dass diese Angriffe "teilweise" aus dem linksextremen Spektrum kommen – leider Gottes nicht nur teilweise, sondern sehr viele. In den letzten Jahren sind es immer mehr geworden, und nicht nur aus dem islamischen Bereich, aus dem auch sehr viele Straftaten und sehr viel Judenhass und Antisemitismus kommen. Sie sind doch in der Regierung, im Bund und auch hier im Land! Seit 2015, nach Merkels Grenzöffnung sozusagen, als sie alle ohne Recht, Anspruch oder Kontrolle hereingelassen hat, hätten Sie längst handeln können. Mittlerweile könnten Sie längst handeln und die Leute konsequent abschieben, was wir auch fordern. Das Wort Remigration ist ja bekannt. Alle, die ausreisepflichtig und straffällig sind, raus aus Deutschland; dann haben wir auch einen großen Schutz, vor allen Dingen unserer jüdischen Mitbürger, geschaffen.

Wann handeln Sie endlich? – Hören Sie mit dem Phrasendreschen auf: Sie wollen, Sie wollen. – Sie sind an der Regierung. Sie sind die Regierung in München und in

Berlin. Sie könnten endlich tun und handeln und nicht immer nur Lippenbekenntnisse abgeben. Deshalb frage ich: Wann geht es endlich los? – Vielen Dank.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Abgeordneter von der AfD, machen Sie die Augen auf! Schauen Sie sich um. Schauen Sie sich die Zahlen an. Zunächst einmal ist es einfach so, dass die Mehrzahl der antisemitischen Taten in Bayern nach wie vor aus dem rechtsextremen Lager kommt, an zweiter Stelle kommen die ausländisch und religiös geprägten Taten; jetzt steigen auch die linksextremistischen an.

Wir haben in Bayern auch dank unseres Innenministers und seines Staatssekretärs sowie seiner Vorgänger einen sehr erfolgreichen Verfassungsschutz. Ich glaube, in der Bundesrepublik Deutschland gibt es kein Land, das im Rahmen der Organisation des Verfassungsschutzes die Extremisten, und zwar die Rechtsextremisten, die Linksextremisten und auch die religiösen Extremisten, so konsequent im Blick behält.

Von den Abschiebekapazitäten her hat Bayern schon immer einen wesentlichen Teil, den größten Teil aller Länder der Bundesrepublik Deutschland, bereitgestellt; denn uns ist wichtig, dass Recht durchgesetzt wird, aber nicht blind und ideologisch von einer Remigration geredet wird, die am Ende unserem Land schweren Schaden bringen würde, weil wir eben nicht undifferenziert auf die Menschen schauen können, –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie auf die Redezeit.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): – sondern darauf achten müssen, dass wir die abschieben, die abzuschieben sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner: Herr Kollege Richard Graupner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen uns wieder einmal mit einem typischen CSU-Antrag nach dem Motto herumschlagen: Wasch mir den Pelz, aber mach mich bloß nicht nass. Titel und Forderungen des Antrags klingen ja zunächst einmal zustimmungsfähig und unterstützenswert; denn der Islamismus ist unbestritten die größte extremistische Herausforderung der Gegenwart.

(Beifall bei der AfD)

Er ist die ideologische Grundlage von Terrorismus und bedroht somit nicht nur unsere Freiheit und unsere demokratischen Werte, sondern ganz konkret uns alle an Leib und Leben.

"Islamismus entschieden bekämpfen – freiheitliche Werte schützen!" – so der Antrag. Ja, wer wollte da widersprechen? Die AfD warnt seit Jahr und Tag vor den Gefahren des Islamismus, der sich wie ein Krebsgeschwür in unserem Land ausbreitet. Wir mussten uns dafür mit allerlei Schmähungen auseinandersetzen, auch aus Ihrer Richtung.

Nun also benennen Sie selbst das Problem. Das ist begrüßenswert. Welche Gegenmaßnahmen schlagen Sie denn vor? – Brav fordern Sie etwa die Stärkung der Sicherheitsbehörden, das Monitoring extremistischer Szenen, Vereinsverbote oder Prävention in den Schulen und sozialen Medien. Nun, das mag ja alles richtig und in gewissem Maße auch durchaus zielführend sein – das will ich gar nicht in Abrede stellen –, aber dennoch: Es bleibt reine Kosmetik, solange Sie nicht konsequent an die Wurzel des Übels gehen; denn nicht ohne Grund weisen erfahrene Islamexperten wie Irfan Peci oder Dr. Guido Steinberg auf den Zusammenhang von Islamismus und illegaler Migration hin. Hier versagt die CSU sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene kläglich.

(Beifall bei der AfD)

Allen herausposaunten Erfolgsmeldungen zum Trotz sind im letzten Jahr in Summe immer noch über 340.000 Migranten aus Nicht-EU-Ländern nach Deutschland geströmt, und nach wie vor ist es problemlos möglich, unkontrolliert und ohne Ausweispapiere nach Deutschland einzureisen. Ein Abgleich mit den Datenbanken über Gefährder von BND, Verfassungsschutz oder Polizei wird so unterlaufen, und islamistische Extremisten können ungestört und unerkannt ins Land einsickern.

Bei den Abschiebungen ist nach wie vor viel Luft nach oben. Aber dafür haben wir deutschlandweit fast 300.000 Menschen eingebürgert – Spitzenreiter mit großem Abstand sind Syrien und Afghanistan, also genau jene Länder, die in der Kriminalitätsstatistik überproportional auftauchen und die auch ein hohes islamistisches Potenzial aufweisen.

In Bayern sehen wir parallele Entwicklungen. Im Eiltempo drücken Sie massenhaft Menschen aus dem islamistischen Kulturkreis den deutschen Pass in die Hand. Diese Leute erhalten das Wahlrecht und uneingeschränkten Zugang zu allen Ämtern, und viele bringen Ideologien und Wertvorstellungen mit, die mit unserer freiheitlichen Ordnung unvereinbar sind.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich kann man nicht jeden Einbürgerungswilligen unter Generalverdacht stellen. Aber seien wir doch einmal ehrlich: Die Ausländerbehörden sind mit der Flut von Antragstellern vielfach heillos überlastet. Wo es einem einfach gemacht wird, mit Zertifikatsfälschungen den deutschen Pass zu erschleichen, kann man auch problemlos eine vermeintlich demokratische Gesinnung vortäuschen. Folgerichtig besaßen bereits Anfang 2024 von den rund 500 in Deutschland erfassten islamistischen Gefährdern über 340 die deutsche oder eine doppelte Staatsangehörigkeit.

Nein, werte Kollegen von der CSU; solange Sie immer noch pro Jahr eine Großstadt nach Deutschland einwandern lassen, solange Sie islamistische Gefährder nicht konsequent außer Landes bringen, nicht den Gefährdern die doppelte Staatsbürgerschaft

entziehen, nicht Syrien und Afghanistan endlich zu sicheren Herkunftsländern erklären und solange Sie von der von Rot-Grün initialisierten Einbürgerungswut nicht abweichen, solange können Sie mit all Ihren feinsäuberlich zusammengetragenen Maßnahmen zwar vielleicht Aktivismus und Entschlossenheit vorgaukeln, aber die immer weitere Verfestigung islamistischer Parallelstrukturen und die dadurch wachsende Gefahr terroristischer Anschläge bekommen Sie so niemals in den Griff.

Fakt ist: Wer den Islamismus bekämpfen will, der muss vor allem und in erster Linie auch die illegale Migration aus dem islamischen Kulturraum unterbinden. Und: Wer von Islamismusbekämpfung spricht – darauf haben Sie gewartet –, darf von Remigration nicht schweigen. Davon lese ich bei Ihnen kein Wort.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kollege Florian Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Abgeordneter Graupner, es ist schon ein bisschen billig, wie Sie hier versuchen, von der Verantwortung der AfD für antisemitisches Gedankengut abzulenken,

(Lachen bei der AfD)

von der Verantwortung Ihres rechtsextremistischen Vorfeldes, das nach wie vor jede zweite antisemitische Tat in Bayern begeht. Das sind die Zahlen, die Sie nicht hören wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Deswegen will ich mich jetzt zunächst einmal an alle muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wenden und auch an alle, bei denen man vielleicht einen Migrationshintergrund vermutet; denn die spüren die gesellschaftlichen Auswirkungen islamistischer Anschläge oft am allerstärksten: schiefe Blicke, Anfeindungen, Ausgrenzungen bis hin zu Gewalt, auch befeuert von dem gesellschaftlichen Klima, das von rechtsaußen angestachelt wird.

Mir ist wichtig, dass der Kampf gegen Dschihadismus, dass der Kampf gegen extremistischen Islamismus nichts Spaltendes sein darf, nichts Trennendes sein darf, sondern eine miteinander verbindende Sache sein muss. Wir können uns gefährlichen Radikalisierungen nur gemeinsam stellen, und wir können auch nur gemeinsam den Respekt vor religiösen Überzeugungen auf dem Boden unseres Grundgesetzes fördern. Deswegen – die Kollegin Triebel hat es gesagt – ist uns auch die Imam-Ausbildung in Bayern so ein großes Anliegen.

Jetzt aber noch kurz zur Frage: Welche Verantwortung hat der Staat? Im vorgelegten Antrag stehen ja ein paar Maßnahmen. Ende 2024 gab es im Innenausschuss eine Anhörung zur Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Bayern, übrigens nicht auf Antrag der AfD-Fraktion, sondern auf Antrag der GRÜNEN-Fraktion und dann mit Zustimmung des Hauses, wofür ich mich nachdrücklich und auch immer noch bedanke. Das war eine sehr gute Anhörung. Wir hatten viele gute Sachverständige – einen vielleicht ausgenommen. Diese Anhörung hat zutage gefördert, dass wir auf Zack sein müssen.

Wir haben damals vier Anträge vorgelegt. Ich will nur sagen, was aus meiner Sicht das Drängendste ist: Das ist das Thema Online-Radikalisierung. Wir haben damals vorgeschlagen, in virtuelle Agentinnen und Agenten zu investieren, die auf der Höhe der Zeit tatsächlich das verfolgen, was in digitalen Räumen, in Chatgruppen, in Foren passiert. Wir haben vorgeschlagen, eine Prediger- und Influencer-Datei anzulegen, um im Blick zu behalten, wer eigentlich Radikalisierungsbotschaften sendet. Damit würden wir die Plattformen stärker in die Pflicht nehmen.

Warum haben wir das getan? – Die Art des Extremismus hat sich in dem Feld verändert. Die ideologische Basis vieler Täterinnen und Täter ist deutlich dünner geworden. Gewaltverherrlichungen und Gewaltspiralen spielen eine größere Rolle als der ideologische Hintergrund. Außerdem haben wir für die Weiterentwicklung der Prävention plädiert, um auch an dieser Stelle weiterzukommen. Wir haben dafür plädiert, Finanzströme und Auslandsfinanzierungen stärker zu verfolgen und die Kooperation der Behörden zu stärken. Zur Wahrheit gehört aber auch: Damals sind die vier Anträge hier im Haus mit der Mehrheit der Regierungsfractionen abgelehnt worden. Dennoch werden wir heute dem Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN zustimmen, da er nichts Falsches enthält. Ich hoffe schon, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatungen noch etwas mehr Verbindlichkeit an dieser Stelle herstellen können.

Ich freue mich jedenfalls, dass wir uns erstens einig sind, dass wir das Thema Islamismus bekämpfen müssen. Wenn wir zum Beispiel über Antisemitismus sprechen, müssen wir zweitens auch auf dem Schirm haben und dürfen nicht vergessen, von welchen Quellen dieser, vor allem von rechtsaußen, auch noch herrührt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Christiane Feichtmeier das Wort. Bitte schön.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Gestern haben wir uns mit Schrecken an unsere Geschichte erinnert. Die Erinnerung an den Holocaust mahnt uns zum Kampf gegen Antisemitismus. Judenhass darf nie wieder einen Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir haben hier im Landtag mit unserer gemeinsamen Israel-Resolution ein starkes Zeichen gesetzt. Das Judentum gehört zu Bayern, und Bayern steht an der Seite Israels. Deshalb ist auch klar: Islamismus hat bei uns keinen Platz. Trotzdem leben derzeit etwa 4.200 Islamisten in Bayern. Das sind Menschen, die unseren Rechtsstaat, unsere freie Gesellschaft ablehnen, sogar hassen.

Wir haben dazu im Innenausschuss Ende des Jahres 2024 eine Anhörung durchgeführt. Zum Kampf gegen Islamismus haben wir dann als SPD einen umfangreichen Antrag eingebracht. Was wollten wir? – Eine weitere materielle und personelle Stärkung der bayerischen Polizei im Bereich der Internetermittlungen im Staatsschutz, eine weitere materielle und personelle Stärkung im Bereich der Deradikalisierungsarbeit der bayerischen Polizei, den Ausbau zivilgesellschaftlicher Programme, eine Ausweitung des staatlichen Islamunterrichts an Schulen, den Aufbau eines Übersetzerpools für relevante Sprachen und eine Verbesserung sowie Ausweitung und Beobachtung sozialer Netzwerke.

Leider wurde unser Antrag abgelehnt. Kurz vor Weihnachten wurden Anschlagpläne auf einen Weihnachtsmarkt in Niederbayern veröffentlicht. Es wird ein islamistisches Tatmotiv vermutet. Ich habe sofort eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragt, um die Sache aufzuklären und uns besser zu schützen. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Klar ist doch: Wir müssen jetzt endlich ins Handeln kommen. Wir dulden keine Verunglimpfung von Menschen muslimischen Glaubens. Muslime gehören zu Bayern, Islamismus aber nicht.

(Beifall bei der SPD)

Der Dringlichkeitsantrag ist inhaltlich richtig. Daher stimmen wir ihm zu. Ich appelliere jedoch an die Regierungsfractionen und das Innenministerium, nochmals unsere Vorschläge zu prüfen und die Anstrengungen wirklich noch einmal deutlich zu verstärken.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Alexander Hold das Wort. Bitte schön.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Leben und leben lassen – das ist bayerische Maxime. Dazu gehört auch, dass wir anerkennen, dass der Islam als Religion Teil der religiösen Vielfalt

in Bayern ist und dass gläubige Musliminnen und Muslime unter dem Schutz der Religionsfreiheit stehen, wie alle anderen auch. Im Gegensatz dazu sind extremistische Ideologien und deren Akteure, die Gewalt verherrlichen, die Antisemitismus fördern oder das Existenzrecht Israels anzweifeln, mit unserer Liberalitas Bavariae, mit unseren Grundwerten, absolut unvereinbar. Der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Schutz jüdischen Lebens sind zentrale Aufgaben unseres Rechtsstaates. Daher ist es selbstverständlich, dass Bayern islamistische Straftaten und Netzwerke, verfassungsfeindliche Bestrebungen und jede Form von Antisemitismus konsequent bekämpft. Dazu muss und dazu wird Bayern auch weiterhin die Sicherheitsbehörden stärken, ihre enge Zusammenarbeit intensivieren und ein fortlaufendes Monitoring extremistischer Szenen fortsetzen. Ich danke unserem Innenminister, Minister Herrmann, ganz ausdrücklich für diese Konsequenz, um die uns andere Bundesländer beneiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir dürfen aber auch die Bedeutung von Prävention nicht unterschätzen. Deswegen werden wir auch weiterhin präventiv islamistische Aktivitäten unterbinden. Dazu werden wir auch Vereins- und Betätigungsverbote wirksam durchsetzen. Wir werden uns auf Bundesebene mit Nachdruck für Maßnahmen einsetzen, die Finanzierungsstrukturen extremistischer Akteure aufdecken. Wir werden den Bund auch weiterhin dabei unterstützen, die strafrechtlichen, die aufenthaltsrechtlichen und die vereinsrechtlichen Instrumente zur Bekämpfung islamistischer und antisemitischer Bestrebungen konsequent anzuwenden.

Ich bin unserer Staatsministerin Anna Stolz, der dieses Thema auch persönlich ein großes Anliegen ist, dankbar, dass auch die bayerischen Schulen bei der Prävention einen wichtigen Beitrag leisten. Das wird zum Beispiel konkret mit der Verfassungsviertelstunde getan. Wir schulen konkret Medienkompetenzen. Zu nennen ist auch die Fortbildungsinitiative "Werte machen Schule" mit den 28 Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz im Rahmen der Schulberatungsstellen. Nicht zu vergessen: Der

islamische Unterricht macht den muslimischen Schülerinnen und Schülern ein islamkundliches, rein staatlich verantwortetes Bildungsangebot zu ihrer eigenen Religion und Kultur, das eben mit beiden Füßen fest auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht.

Genauso bin ich der gesamten Staatsregierung für den nachdrücklichen Einsatz und die Bemühungen um die Ansiedlung eines Yad Vashem Education Centers in Bayern dankbar. Meine Damen und Herren, auch das ist ein wichtiger Punkt der Prävention.

Hassprediger und islamistische Akteure dagegen missbrauchen religiöse Begriffe zur Rechtfertigung von Hass, von Gewalt und Antisemitismus. Sie nutzen gezielt die aktuellen gesellschaftlichen internationalen Entwicklungen, um Hass zu schüren und die bestehenden Konfliktlagen für ideologische Zwecke zu instrumentalisieren. Sie treiben gezielt Radikalisierungsprozesse voran, inzwischen auch oft über soziale Medien und überhaupt im digitalen Raum. Das ist tatsächlich eine Bedrohung unseres friedlichen Zusammenlebens.

Wir dürfen den Stammtischreflex, Islam und Islamismus gleichzusetzen, nicht unterschätzen. Gerade auch zum Schutz der Religionsfreiheit muss daher islamistischen Akteuren mit klarer Haltung, mit rechtsstaatlicher Konsequenz und mit wirksamen Instrumenten begegnet werden. Daher ist es richtig, dass unser Antrag unsere Position und die bayerischen Anstrengungen nochmals verdeutlicht und entschlossenes Handeln des Bundes anmahnt. Ich bitte daher um eine breite Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung erteile ich das Wort Herrn Staatsminister Joachim Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung bekämpft seit jeher konsequent die vom Islamismus ausgehenden Gefahren. Wir zeigen klare Kante

gegen eine Ideologie, die versucht, unsere Gesellschaft zu spalten, die Hass schürt und den Nährboden bildet für Radikalisierungsprozesse bis hin zur Gewaltanwendung. Für Extremismus und antisemitische Hetze darf in unserem Land kein Platz sein. Unsere Sicherheitsbehörden sind hellwach und gehen konsequent dagegen vor. Aber auch von der Zivilgesellschaft und aus der muslimischen Community erwarten wir eine klare Verurteilung und Distanzierung von islamistischen Ideologien und antisemitischer Hetze. Schweigen und Relativierungen sind an dieser Stelle nicht ausreichend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz der erheblichen Anstrengungen von Polizei und Verfassungsschutz gibt es eine anhaltend hohe, abstrakte Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und darüber hinaus.

Aktuell bereitet uns besondere Sorge, dass islamistische Akteure weltpolitische Konflikte wie den Nahostkonflikt für ihre Zwecke in der Propaganda auch in unserem Land instrumentalisieren und versuchen, so Muslime gegen den sogenannten Westen insgesamt aufzustacheln und zu radikalieren. Dabei spielen leider die sozialen Medien – man muss inzwischen ja eher sagen, die sogenannten sozialen Medien – und islamistische Influencer eine immer zentralere Rolle. Sie haben sich in den letzten Jahren zu einem Dreh- und Angelpunkt für extremistische Rekrutierung und Selbstradikalisierung entwickelt. Die Verbreitung islamistischer Ideologien und Narrative bildet dabei oft den Nährboden für Radikalisierungsprozesse, vor allem bei ganz jungen Menschen. Die jüngsten islamistisch motivierten Angriffe und Anschlägeplanungen haben gezeigt, dass die Radikalisierung der Täter oftmals innerhalb kürzester Zeit im Internet stattgefunden hat. Manche Algorithmen begünstigen dabei diese Radikalisierungsspirale.

Die Vermittlung von Medienkompetenz vor allem bei Kindern und Jugendlichen ist daher ein wichtiger Ansatz, um islamistischer Propaganda entgegenzuwirken. Nur mit einem ganzheitlichen Ansatz können wir die Wurzeln des Extremismus bekämpfen und ein starkes Zeichen gegen Intoleranz und Gewalt setzen.

Neben der sicherheitspolitisch notwendigen Bekämpfung müssen wir daher weiterhin auf Prävention setzen und die Diskussion um die Gefahren des Islamismus verstärkt auch in die Mitte unserer Gesellschaft tragen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus. Es besteht bereits seit zehn Jahren und hat sich bestens bewährt. Das Netzwerk umfasst neben den Sicherheitsbehörden ebenso Bereiche der Bildungsarbeit, die Integrations- und Sozialpolitik, die Kinder- und Jugendhilfe sowie den Justiz- und Maßregelvollzug.

Gleichzeitig müssen wir auch denjenigen sicherheitsrechtlichen Akteuren weiterhin den Rücken stärken, die bei konkreten Gefahren durch schnelle, effektive und vertrauensvolle Zusammenarbeit Schlimmeres verhindern. Ich bin sehr dankbar, dass es den Sicherheitsbehörden des Bundes und des Landes gelungen ist, mögliche Anschlagpläne auf einen Weihnachtsmarkt in Niederbayern rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern. Ich denke, genau das ist ein Beispiel dafür, dass wir wachsam sind, dass wir aktiv sind, und dass wir erfolgreiche Sicherheitsbehörden haben. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dazu gehören neben der unmittelbaren Gefahrenabwehr auch schnelle und konsequente Abschiebungen ausländischer Straftäter und Gefährder. Unser Bayerisches Landesamt für Asyl und Rückführungen hat im vergangenen Jahr 2025 neben über 15.000 freiwilligen Ausreisen 3.649 Abschiebungen durchgesetzt – deutlich mehr als im Jahr zuvor aufgrund verbesserter Rahmenbedingungen durch den Bund. 40 % der Abgeschobenen waren Straftäter. Das zeigt: Wir handeln konsequent und betrachten gerade die Abschiebung von Straftätern ausländischer Herkunft als besonders vorrangig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Bekämpfung des Islamismus kommt in der Bayerischen Staatsregierung insgesamt eine hohe Priorität zu. Wir prüfen kontinuierlich, ob die uns zur Verfügung stehenden Instrumentarien der aktuellen Gefährdungslage angemessen sind. Auch auf Bundesebene wirken wir auf ein entschiedenes Vorgehen gegen jegliche Form von Extremismus hin. Ich bin dankbar, dass der neue Bundesinnenminister Alexander Dobrindt die Abschiebungen ins Ausland, auch nach Afghanistan und Syrien, in der Tat mit Nachdruck verfolgt, die Länder viel mehr, als das vorher üblich war, dabei unterstützt, und wir deshalb eben auch mit der Rückführung von Straftätern erfolgreicher sind. Vielen Dank für diese klare Politik aus Berlin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung weiterhin mit allen Mitteln verteidigen, ohne die Religionsfreiheit derer einzuschränken, die ihren Glauben friedlich im Einklang mit unseren Gesetzen und Werten ausüben. Aber ich sage eben auch ganz klar: Wenn in Hamburg islamistische Demonstranten ein Kalifat für Deutschland fordern, dann hat das nichts mehr mit Religionsfreiheit in unserem Land zu tun. Solchem Unsinn werden wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft entgegenstellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/9695 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.